

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe September 2022

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikelvorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag"). Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **A. Schächter: Worauf es ankommt in der Erziehung**
- **H. Amstutz: Erfrischende Klartexte zum Lehrermangel**
- **K. Kleinwächter: Ukraine –hochgerüstetes Armenhaus**
- **G. Auernheimer: ... Nation Building – der Fall Ukraine**
- **Patrick Lawrence: "Soweit ich es erkennen kann ..."**
- **J. Sachs: Das falsche Narrativ des Westens über Russland und China**
- **J. Sommer: Bad Doberaner Bürgermeister prangert selbstzerstörerische Ampel-Politik an**
- **O. Lafontaine: Deutschland handelt ... als Vasall der USA**
- **J. J. Mearsheimer: Putin wollte die Ukraine nie zu einem Teil Russlands machen. ...**
- **ZF: ... nicht moralisch – aber es hat funktioniert**
- **F. W. Engdahl: Europas Energie-Armageddon ...**
- **Navdanya: Wie "Hunger für den Profit" verschleiert wird**
- **D. Henn: Die Welthungerspiele haben begonnen**
- **M. Andujo: Argentinien unterwegs zur BRICS-Gruppe**
- **N. Häring: Steuerung durch Sozialpunkte und ...**

Zitat des Monats von [Dwight D. Eisenhower](#) (zitiert von Heinrich Frei):

**Jede Kanone, die gebaut wird, jedes Kriegsschiff, das vom Stapel gelassen wird,
jede abgefeuerte Rakete bedeutet
letztlich einen Diebstahl an denen, die hungern und nichts zu essen bekommen,
denen, die frieren und keine Kleidung haben.**

**Eine Welt unter Waffen verpulvert nicht nur Geld allein.
Sie verpulvert auch den Schweiß ihrer Arbeiter,
den Geist ihrer Wissenschaftler und die Hoffnung ihrer Kinder.**

Editorial

Wir beginnen diesen Bürgerbrief mit zwei Beiträgen zum Thema **Schule und Erziehung**. Anita Schächter betont das Erziehungsziel hin zu einem selbstverantwortlichen Leben gegenüber der egoistischen Bedürfnisbefriedigung von Kindern. Hanspeter Amstutz plädiert in seiner Zusammenfassung verschiedener Artikel zum Lehrermangel (in der Schweiz) für den klar strukturierten Klassenunterricht mit der Lehrperson als notwendige empathische Führungsperson.

Zwei weitere Beiträge beschäftigen sich mit dem Zustand der **Ukraine** in der **Vorkriegszeit**. Danach folgen sieben Beiträge, die von verschiedenen Seiten den Krieg in der Ukraine beleuchten. Es geht dabei um die Fragen der westlichen **Waffenlieferungen**, der fragwürdigen Berichterstattung unserer **Medien**, bzw. auch der Medien in den USA (Lawrence), um die **Energiepolitik** des Westens (Engdahl) und generell um globalpolitische Pläne. Dabei werden auch **kritische Stimmen** zu unserer eigenen Politik zu Gehör gebracht (Oskar Lafontaine und Jochen Arenz, Bad Doberaner Bürgermeister). Auch die Auswirkungen der Sanktionen auf den **Hunger in der Welt** werden in zwei Beiträgen dargestellt (Navdanya und Dagmar Henn).

Eine interessante Nachricht sehen wir in der Tatsache, dass der Präsident von **Argentinien**, eines weltweit führenden Landes bei der Lebensmittelproduktion darum gebeten hat, sein Land in die Gruppe BRICS aufgenommen zu werden, die 42% der Weltbevölkerung und 24% der Weltwirtschaftsleistung repräsentieren. Am Ende verweist Norbert Häring auf das **digitale Überwachungssystem der Sozialpunktevergabe**, das zu verhindern eine wichtige Zukunftsaufgabe sein wird.

[Inhalt](#) ↑

● Anita Schächter: **Worauf es ankommt in der Erziehung**

Beim Umgang mit den Bedürfnissen der Kinder brauchen Eltern nach Anita Schächter "einen eigenen Standpunkt zu solchen Fragen der ganzen Gesellschaft, damit sie ihre [Kinder schützen und ihnen das Eintreten in ein eigenverantwortliches Leben ermöglichen](#) können. Unsere Jugend läuft sonst Gefahr, in die Fantasy-Literatur, in Gewaltfilme, Computerspiele, in die Welt des Sex als egozentrische Bedürfnisbefriedigung zu geraten und als ihren Lebensinhalt zu akzeptieren. Das Abtauchen der jungen Generation in Parallelwelten wird so vorprogrammiert. Hier einen anderen Weg im Umgang mit den Kindern zu gehen, das gilt es auszuloten. Wird das Kind Spielball seiner Bedürfnisse, ist es steuerbar. Lernt es seine Gefühle zu handhaben, geht es den Weg in ein eigenverantwortliches Leben. Lernt das Kind seine Gefühle zu gewichten, fühlt es sich unabhängig und zufrieden. Es beginnt, sich Ziele zu setzen und sie zu verfolgen, es wird zum Gestalter seines Lebens."

[Anita Schächter](#) promovierte in empirischer Psychotherapiewirkungsforschung, praktiziert seit 1988 als niedergelassene Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin und führt Supervisionen für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten durch. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Hanspeter Amstutz: **Erfrischende Klartexte zum Lehrermangel**

In der Schweiz fordern die Medien neuerdings offen den klar strukturierten Klassenunterricht, bei dem die Lehrpersonen nicht mehr als Lernbegleiter auftreten, sondern [als Führungsperson das dynamische Beziehungsdreieck von Lehrperson, Schüler und Unterrichtsstoff mit Empathie austarieren](#). Es wird in den Medien auch mit ungewohnter Offenheit über die eigentlichen Ursachen des auch dort herrschenden Lehrermangels gesprochen: die Arbeitsbedingungen, die heterogene Klassenzusammensetzung und den Anspruch unter diesen Umständen Integration zu bewerkstelligen. Dabei wird auch angesprochen, dass Unterrichtslektionen keine Betreuungsstunden und Lehrer keine Sozialarbeiter seien. Es wird auch auf die globalen Zusammenhänge wirtschaftlicher Natur hingewiesen, die über internationale Abkommen auf das Schulsystem einwirken.

[Hanspeter Amstutz](#), Jg. 1947, war bis 2013 Sekundarlehrer und Schulleiter bei Zürich, saß bis 2007 im Zürcher Kantonsparlament und arbeitete bis 2011 als Mitglied des Zürcher Bildungsrates an den Lehrplänen mit. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Kai Kleinwächter: **Die Ukraine – das hochgerüstete Armenhaus Europas**

Die Ukraine war und ist das ärmste Land Europas. Ihre Wirtschaftskraft (BIP) lag 2020 bei rund 3'700 US-Dollar pro Einwohner. Nach der von Kai Kleinwächter zusammengestellten Tabelle liegen nur noch Kosovo, Moldau und Albanien unter einem BIP von 5'500 US-Dollar pro Einwohner und unter einer Kaufkraftparität von 14'000 US-Dollar pro Einwohner. Der Abstand zu Deutschland (BIP 34'200 US-Dollar pro Einwohner) ist so gigantisch, dass der heutige deutsche Lebensstandard für die meisten Ukrainer nur ein unerreichbarer Traum bleiben wird – es sei denn, sie wandern aus.

Ursache der wirtschaftlichen Unterentwicklung ist nach Kleinwächter ein völliges Scheitern der volkswirtschaftlichen Transformation nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Die dauerhafte Stagnation zeigt sich auch in der Lohnentwicklung sowie in den sozialen oder wirtschaftlichen Fortschritten. Auch andere Indikatoren, wie der 'Human Development Index' oder der Index für den gesellschaftlichen Frieden, [dokumentieren eine umfassende Nichtentwicklung der ukrainischen Gesellschaft](#). Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung gehen kontinuierlich zurück. Die sinkende Bedeutung der Forschung zeigt, dass die ukrainische Wirtschaft und mit ihr die Gesellschaft sukzessive den Anschluss an die modernen Hochtechnologien verliert. Die Einwohnerzahl ging von ihrem Höhepunkt 1990 mit fast 52 Millionen Einwohnern bis 2020 zurück auf knapp über 37 Millionen, ca. 3 Millionen Einwohner im Donbass, Luhansk und auf der Krim. Durch den laufenden Krieg sind bisher über 6,5 Millionen Menschen ins Ausland gegangen. Einer positiven Entwicklung der Gesellschaft stehen nach Kleinwächter sowohl die Korruption als auch fehlende staatliche Strukturen und seit 2014 eine forcierte Überrüstung entgegen. Egal wie der Krieg für die Ukraine endet, raubt er der Ukraine fast alle Entwicklungspotentiale.

Würden die EU-Staaten mit ihrem Veto-Recht die Beitritts-Kriterien Rechtsstaatlichkeit, gesellschaftliche Entwicklung sowie wirtschaftlicher Produktivität ernst nehmen, hätte die Ukraine nach Kleinwächter in den nächsten Jahrzehnten keine Chance auf EU-Mitgliedschaft. "Setzen die gefährlichen Großmacht-Illusionisten trotzdem eine Aufnahme durch, ist es wohl das Ende einer vertieften EU-Integration. Möglicherweise droht dann sogar der Zerfall. Es wäre nicht das erste Imperium, das an 'strategischer Überdehnung' zugrunde geht. [...] Die Ukraine muss einen eigenen, realistischen Weg zum Wohle ihres Volkes finden." Forderungen wie "keine Waffenlieferungen, sofortiger Waffenstillstand und Verhandlungen für ein Ende des Krieges sowie der Aufbau einer neuen Friedensordnung in Europa mit allen Staaten unseres Kontinents" sind nach Kleinwächter zukunftsorientiert richtig.

Die dem Artikel zugrunde liegenden Daten stammen von der [Weltbank](#), die offiziell das Hauptziel verfolgt, die Entwicklungs- und Schwellenländer wirtschaftlich zu fördern. Die Weltbank

ist eine Sonderorganisation der UNO mit 189 Mitgliedstaaten und hat ihren Sitz in Washington D.C. (USA). Das Stimmrecht richtet sich nach dem Anteilseigentum, womit die Gefahr besteht, dass die Organisation von den wirtschaftlich Starken dominiert wird. (Red.)

[Kai Kleinwächter](#), Jg. 1980, studierte Volkswirtschaftslehre, Politik, Geschichte, Internationales Management an den Universitäten Potsdam, Hagen und Vaasa/Finnland. Nach beruflicher Tätigkeit bei Unternehmen arbeitet er seit 2010 als selbständiger Dozent für Wirtschaft. Er war von 2012 bis 2019 Redakteur von *e-politik.de* und ist Mitarbeiter in der Redaktion der Zeitschrift 'WeltTrends'. Publiziert regelmäßig auf Telepolis. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Georg Auernheimer: **Schwierigkeiten des Nation Building – der Fall Ukraine**

Nach Georg Auernheimer ist die Ukraine schon aus der Geschichte heraus ein gespaltenes Land. "Der Osten ist überwiegend russischsprachig und industriell, auch proletarisch geprägt, der Westen historisch Westeuropa zugewandt und agrarisch geprägt. Das mache die Konflikte innerhalb der 1991 unabhängig gewordenen Ukraine verständlich. Im Osten der Ukraine haben 2003 bis zu 90% der Bevölkerung Russisch als ihre Umgangssprache angegeben. In der mittleren Ukraine waren es immerhin noch beinahe 60%. Die verwandtschaftlichen Beziehungen nach Russland waren und sind stark." An kirchlichen Gemeinschaften dominiert im Westen die unierte griechisch-katholische Kirche, sonst gibt es Gemeinden der ukrainisch-orthodoxen Kirche (Moskauer Patriarchat) und der erst 2018 verselbständigten "autokephalen" orthodoxen Kirche der Ukraine.

Das ukrainische Establishment ist sich unsicher über das Zugehörigkeitsgefühl der Bürger. Anläufe zur Gründung eines eigenen Nationalstaates gab es 1917 und 1918 als Projekte einer schmalen Elite. Nach dem Bürgerkrieg, in dem mehrere tausend Juden ermordet wurden, übernahmen 1920 die Bolschewiki die Macht. 1941 hatte Stephan Bandera die nicht in Erfüllung gehende Illusion mit deutscher Hilfe einen eigenen Staat errichten zu können.

Die ukrainische Sprache wurde bis ins 20. Jh. nur von Hausmädchen, Dienstboten und auf dem Land gesprochen. Wer etwas auf sich hielt, sprach Russisch, Deutsch oder Polnisch. Ukrainisch zur Literatursprache zu machen, wurde durch die zaristische Verwaltung unterbunden. Erst die ukrainische Sowjetrepublik hat das Ukrainische mit ihrer Kultur- und Sprachpolitik als Sprache aufgewertet, auch um dem Nationalismus den Boden zu entziehen. Der 2014 geforderte und mit dem Sprachengesetz von 2019 rechtskräftig gewordene Ausschluss der Russischen Sprache aus dem öffentlichen Leben führte zur "Spaltung der Gesellschaft, die allerdings 2019 mit der Sezession der Donbass-Bezirke schon vollzogen war".

[Der extreme Nationalismus in der Ukraine wird vom geopolitischen Interesse des transatlantischen Westens gestärkt](#), siehe 2004/2005 und 2013/2014. Auch nach dem Niedergang der Sowjetunion wollten die Oligarchen ihren neuen Reichtum nicht teilen. So sind Mehrwertsteuer und Verbrauchssteuern die wesentlichen Einnahmequellen des Staates. Die Lohnquote, ein Indikator für soziale Ungleichheit, bewegte sich von 2007 bis 2018 unter 25% des BIP, sank zeitweise auf 20%. Die offizielle Arbeitslosenquote erreichte zeitweise 9%. Die maximale Rente beträgt seit 2018 40% des Mindestlohns. Fast 15% der Bevölkerung arbeiten zumindest zeitweise im Ausland. Um das Aufbegehren der Bevölkerung gegen diese Missstände kanalisieren zu können, wurde von der Elite versprochen, die Ukraine werde bald Mitglied der EU. Und die Ursache der Probleme werde Russland zugeschoben.

In der Ukraine habe die sogenannte Rechte "den Marsch durch die Institutionen erfolgreich absolviert, und zusammen mit einer starken außerparlamentarischen Opposition haben ihre Repräsentanten außerordentlichen Einfluss". Auch wenn es Fackelmärsche gebe, so gebe es doch keine faschistische Massenbewegung. "Prägend scheint eher eine extreme Gewaltbereitschaft, verbunden mit dem Willen zur Selbstvernichtung." "Nicht nur das einheimische Kapital, auch der

transatlantische Westen hat die rechte, weil russland-feindliche Ausrichtung der Ukraine mit Wohlwollen verfolgt.“ Auernheimer warnt vor einem EU-Beitritt der Ukraine, da die Integration in mehrfacher Hinsicht schwierig werde.

[Georg Auernheimer](#), Jg. 1939, war von 1972 bis 1995 Professor für Erziehungswissenschaft an der Universität Marburg und von 1995 bis 2006 Professor für Interkulturelle Sozialisations- und Migrationsforschung an der Universität zu Köln. Er ist Mitbegründer und Mitglied der Geschäftsführung der 'Forschungsstelle für Interkulturelle Studien' (FiSt). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Patrick Lawrence: **“Soweit ich es erkennen kann ...“**

Die amerikanischen Medien, *und nur mit diesen befasst sich Lawrence (Red.)*, befanden sich laut Lawrence bereits in einer Krise, lange bevor russische Truppen und Artillerie die Ostgrenze der Ukraine überschritten. Aber der Krieg, der seitdem ausgebrochen ist, hat den amerikanischen Zeitungen und Sendern einen Schaden zugefügt, den er für irreparabel hält. Ähnlich verhält es sich mit dem öffentlichen Diskurs insgesamt. Die katastrophale Situation vergleicht Lawrence mit einer sich beschleunigenden Spirale, die wir in den Medien und im öffentlichen Raum beobachten, seit die Ukraine-Krise in einen offenen Konflikt ausgeartet ist. Ihm schwirrt tatsächlich der Kopf [angesichts des Spektakels der Medienberichterstattung und des Ausmaßes, in dem sie die Leser und Zuschauer versucht hat zu verdummen](#).

Am 4. August veröffentlichte Amnesty International (AI) einen Bericht mit der Überschrift “Ukrainische Kampfaktiken gefährden Zivilisten“. Darin steht, dass die ukrainischen Streitkräfte Zivilisten in Gefahr gebracht haben, indem sie bei der Abwehr der im Februar begonnenen russischen Invasion Stützpunkte und Waffensysteme in bewohnten Wohngebieten, darunter auch in Schulen und Krankenhäusern, errichtet haben. Solche Taktiken verstoßen gegen das Humanitäre Völkerrecht und gefährden die Zivilbevölkerung, da sie zivile Objekte zu militärischen Zielen machen. Westliche Kommentatoren und natürlich auch ukrainische Beamte tobten. Dieser Bericht sei ein skandalöser Verstoß, war zu lesen.

Dann kommt Lawrence auf den Fall von CBS und seinem Bericht vom 5. August zu sprechen. CBS schreibt, “dass etwa 70 Prozent der Waffen und des Materials, die die USA und ihre europäischen Verbündeten in die Ukraine schicken, die Ukrainische Armee (AFU) nie erreichen. Wir können davon ausgehen, dass sie in einen riesigen Schwarzmarkt für illegale Waffenverkäufe abgezweigt werden“. Es gab kein substantielles Bestreiten des Problems, sondern nur die Empörung darüber, dass der Sender darüber berichtet hatte, was er gefunden hatte. Am 7. August löschte CBS den Beitrag. Später hat CBS den Beitrag erneut veröffentlicht, nachdem er auf Grund von Beschwerden ukrainischer Beamter abgeschwächt worden war.

Lawrence berichtet von seinen eigenen Einsätzen und Erfahrungen als Auslandskorrespondent. Wichtig sei, unvoreingenommen, vorurteilsfrei und verantwortungsvoll zu berichten. Man darf Journalismus und Aktivismus nicht verwechseln. Wichtig sei auch, von vor Ort, also aus eigener Anschauung zu berichten. Lawrence geht davon aus, dass heute die ausländischen Redakteure nicht aus nächster Nähe über diesen Konflikt berichten dürfen. Besser sei es, die Berichterstattung breit und unscharf und punktuell zu halten. Viele Anekdoten über hilflose Opfer und russische Greuelthaten, von denen die Korrespondenten, die darüber berichten, nichts mitbekommen haben. Das ist für Lawrence eine schändliche Pflichtverletzung, bei der er sich fragt, ob die Mainstream-Medien jemals von ihrer Rolle, die sie als Propagandisten übernommen haben, zurücktreten können.

[Patrick Lawrence](#), langjähriger Auslandskorrespondent, ist vor allem für die ‘International Herald Tribune’ und als Kolumnist, Essayist, Autor und Dozent tätig. Sein jüngstes Buch ist “Time No Longer: Amerikaner nach dem amerikanischen Jahrhundert“. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Jeffrey Sachs: Das falsche Narrativ des Westens über Russland und China**

Für die USA sind China und Russland unerbittliche Feinde, die "versuchen, die amerikanische Sicherheit und den Wohlstand zu untergraben", und die "entschlossen [sind], ihre Volkswirtschaften weniger frei und weniger fair zu gestalten, ihre Streitkräfte auszubauen und Informationen und Daten zu kontrollieren, um ihre Gesellschaften zu unterdrücken und ihren Einfluss auszuweiten".

Für Jeffrey Sachs besteht die Ironie darin, dass die USA seit 1980 in mindestens 15 Kriegen in Übersee involviert waren (Afghanistan, Irak, Libyen, Panama, Serbien, Syrien, Jemen u.a.m.), während China in keinem und Russland nur in einem (Syrien) außerhalb der ehemaligen Sowjetunion war. Die USA haben Militärbasen in 85 Ländern, China in 3 und Russland in 1 (Syrien) außerhalb der ehemaligen Sowjetunion. Im Zentrum aller US-Lügen und US-Operationen steht der Versuch der USA, die Hegemonialmacht der Welt zu bleiben, indem sie ihre Militärbündnisse auf der ganzen Welt ausbauen, um China und Russland einzudämmen oder zu besiegen. Das ist eine gefährliche, wahnhafte und überholte Idee.

Für Sachs ist es "an der [Zeit, dass die USA die wahren Quellen der Sicherheit erkennen](#): den inneren sozialen Zusammenhalt und die verantwortungsvolle Zusammenarbeit mit dem Rest der Welt, und nicht die Illusion der Hegemonie. Mit einer solchen revidierten Außenpolitik würden die USA und ihre Verbündeten einen Krieg mit China und Russland vermeiden und die Welt in die Lage versetzen, ihre unzähligen Umwelt-, Energie-, Nahrungsmittel- und sozialen Krisen zu bewältigen."

Nach Jeffrey D. Sachs sind die US-amerikanischen Neokons für den Ukraine-Krieg verantwortlich, die das Ziel verfolgen, "dass die USA in jeder Region der Welt die militärische Vormachtstellung innehaben und den aufstrebenden regionalen Mächten entgegenzutreten müssen, die eines Tages die globale oder regionale Vorherrschaft der USA herausfordern könnten, vor allem Russland und China". Dazu sollte das US-Militär auf den global verteilten Stützpunkten "darauf vorbereitet sein, bei Bedarf Kriege nach Wahl zu führen". In diesem Ansatz wurde auch die NATO-Osterweiterung unter Einbeziehung der Ukraine gefordert. Der Neokon Donald Kagan, der Mann von Victoria Nuland, habe gewusst, dass Russland um die Ukraine auch eine Schlacht führen werde.

Für Sachs beruhen die Ansichten der Neokons "auf der falschen Annahme, dass die USA aufgrund ihrer militärischen, finanziellen, technologischen und wirtschaftlichen Überlegenheit in der Lage sind, die Bedingungen in allen Regionen der Welt zu diktieren". Dies, obwohl die USA seit den 1950-er Jahren "in fast jedem regionalen Konflikt, an dem sie beteiligt waren, in die Schranken gewiesen oder besiegt" worden seien. Entgegen den gegenwärtigen Fakten gehe z.B. das neokonservative 'Institute for the Study of War' (ISW) von einem Sieg Kiews aus. Die gebotene wahre Lösung besteht nach Sachs darin, "[die neokonservativen Fantasien der letzten 30 Jahre zu beenden und die Ukraine und Russland an den Verhandlungstisch zurückzuholen](#)", wobei sich die Nato verpflichtet, ihr Engagement für die Osterweiterung um die Ukraine und Georgien im Gegenzug für einen tragfähigen Frieden zu beenden, der die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine respektiert und schützt".

[Jeffrey David Sachs](#), Jg. 1954, ist ein US-amerikanischer Ökonom und seit 2002 Sonderberater der 'Millennium Development Goals'. Er ist Direktor des 'UN Sustainable Development Solutions Network' sowie Direktor des 'Earth Institute an der Columbia University'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Jochen Sommer: Bad Doberaner Bürgermeister prangert selbstzerstörerische Ampel-Politik an**

Jochen Arenz, der parteilose Bürgermeister der Stadt Bad Doberan in Mecklenburg-Vorpommern, hat auf Facebook einen offenen Brief veröffentlicht, in dem er seiner Verzweiflung über die erratische und selbstschädigende Russland-Politik der Berliner Ampel-Regierung Luft machte. Arenz stellt klar, dass er Deutschland auf einen Abgrund zurasen sieht, "der unsere

Wirtschaft und unseren sozialen Frieden zerreißen wird.“ Er lehne es “persönlich ab, Wärmehallen für die frierende Bevölkerung zu planen oder weitergehende Notfallpläne zu entwickeln.“ [Wärmehallen seien “keine Option, sondern der Zusammenbruch“](#). Wenn es so weit komme, werde unsere Wirtschaft “aufgrund mangelnder Energieversorgung zusammen- und unsere Gesellschaft auseinanderbrechen“. Arenz fordert das zumindest befristete Hochfahren aller Atom- und Kohlekraftwerke, denn: “Sollte die Gasversorgung ausfallen, werden die Menschen in ihrer Verzweiflung mit ihren Backöfen und Kochplatten heizen.“ Er kritisiert ferner, dass nur noch über “den Krieg” und kaum mehr über Frieden gesprochen werde. Wenn Putin auch ein Kriegstreiber sei, müsse man dennoch mit ihm verhandeln, um eine für alle Seiten gesichtswahrende Lösung zu erarbeiten. Der Doberaner Bürgermeister stellt auch die Frage in den Raum, ob die Sanktionen den Menschen in der Ukraine wirklich helfen und zur Beendigung des Krieges führen würden – oder ob sie nicht eher den Menschen weltweit durch Verschärfung einer nie gesehenen Lebensmittel- und Energieknappheit schaden würden.

[Inhalt ↑](#)

- Oskar Lafontaine: **Deutschland handelt im Ukraine-Krieg als Vasall der USA**

Für Oskar Lafontaine kann Deutschland keinen Beitrag für einen Frieden in der Ukraine leisten, solange es die Vorgeschichte des Konflikts ausblendet und sich als Vasall der USA benimmt. Es sei grundlegend falsch, sich einer Schutzmacht zu unterziehen, die keine friedliche Außenpolitik betreibt und aufkommende Rivalen militärisch einkreist, ständig provoziert und dabei das Risiko eines Krieges in Kauf nimmt. Er erinnert an Willy Brandt, der Abrüstung und Entspannung forderte und überzeugt war, "dass Sicherheit nicht gegeneinander, sondern nur gemeinsam erreicht werden kann". Bundeskanzler Olaf Scholz handle, als habe er von der Ost- und Entspannungspolitik Brandts noch nie etwas gehört. "Die deutsche Außenpolitik schadet den Interessen unseres Landes und ist kein Beitrag zum Frieden in Europa. Sie braucht eine völlige Neuorientierung." Es sei [höchste Zeit, dass Europa beginnt, "sich von den Vereinigten Staaten abzukoppeln und eine vermittelnde Funktion zwischen den rivalisierenden Weltmächten einzunehmen](#). Deutschland und Frankreich zusammen haben das Potenzial, eine eigenständige europäische Außen- und Sicherheitspolitik aufzubauen." An der Selbstbehauptung Europas führe kein Weg vorbei. "Ein erster Schritt wäre das Drängen auf einen Waffenstillstand, die Vorlage eines Friedensplanes und die Inbetriebnahme von Nord Stream 2."

[Oskar Lafontaine](#), Jg. 1943, 1985 bis 1998 Ministerpräsident des Saarlandes. Im März 1999 legte er alle seine bisherigen politischen Ämter (Bundesfinanzminister, SPD-Vorsitz) aus Kritik am rot-grünen Regierungskurs von Gerhard Schröder nieder. Von 2007 bis 2010 war er Parteivorsitzender der damals neugebildeten Partei ‘Die Linke’. Heute Publizist. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

- John J. Mearsheimer: **Geostrategie Mearsheimer: Putin wollte die Ukraine nie zu einem Teil Russlands machen. Er wollte verhindern, dass sie zum Sprungbrett für westliche Aggression werden kann**

Für den Politikwissenschaftler John J. Mearsheimer sind die [USA in erster Linie für die Verursachung der Ukraine-Krise verantwortlich](#), auch wenn “Putin“ für den Einmarsch und die russische Kriegsführung verantwortlich sei. Russland habe auf die daraus erwachsende existenzielle Bedrohung mit dem Einmarsch in die Ukraine am 24.02.2022 reagiert. Da die USA nicht an einer diplomatischen Lösung des Krieges interessiert seien, werde sich der Krieg Monate oder gar Jahre hinziehen – unter der Gefahr bis hin zum Einsatz von Atomwaffen zu eskalieren.

Die Behauptung westlicher Mainstream-Medien, Putin wolle die Ukraine von der Weltkarte tilgen, lasse sich nicht belegen. Vielmehr habe Putin am 12.07.2021 in einem Medienartikel

begrüßt, dass die Ukraine ein unabhängiges Land werde: "Ihr wollt einen eigenen Staat gründen: Ihr seid willkommen!" Zur Frage, wie Russland die Ukraine behandeln sollte, schreibt er: "Es gibt nur eine Antwort: mit Respekt." Er schließt seinen langen Artikel mit den folgenden Worten ab: "Und was die Ukraine sein wird – das müssen ihre Bürger entscheiden." Putin betonte am 21.02.2022 auch, dass Russland "die neue geopolitische Realität, die nach der Auflösung der UdSSR entstanden ist", akzeptiere. Aber: "Russland kann sich nicht sicher fühlen, sich nicht entwickeln und nicht existieren, wenn es sich einer ständigen Bedrohung durch das Territorium der heutigen Ukraine ausgesetzt sieht." Dennoch hat Putin nach Mearsheimer nicht ein einziges Mal angedeutet, dass er die Ukraine zu einem Teil Russlands machen wolle.

Mearsheimer erinnert daran, dass auf dem NATO-Gipfel in Bukarest im April 2008 angekündigt wurde, dass die Ukraine und Georgien "Mitglieder werden", und dass Russland diese Entscheidung sofort als existenzielle Bedrohung und als Auslöser dafür ansah, dass die Ukraine auseinanderfallen wird. Dies habe z.B. William Burns, heute CIA-Chef, klar erkannt und formuliert. Die deutschen und französischen Regierungschefs wussten, dass dies Russland alarmieren und verärgern würde. Obwohl die Anstrengungen um die Integration Georgiens in die NATO im August 2008 zu einem Krieg zwischen Georgien und Russland führten, wurden die Pläne bzgl. der Ukraine weiterverfolgt und führten im Februar 2014 zur Flucht von Janukowitsch aus der Ukraine und zum Bürgerkrieg zwischen Kiew und prorussischen Separatisten. Die NATO begann ukrainisches Militär auszubilden und mit Verteidigungswaffen auszustatten und letztlich auch in Militärübungen einzubinden, die direkt gegen Russland gerichtet waren. Nach Mearsheimer beflügelt der Erfolg der NATO, die ukrainische Armee zu einer schlagkräftigen Truppe zu machen, die Aufnahme der Ukraine in die Allianz, was diese am 14.06.2021 auch zum Ausdruck brachte und am 10.11.2021 zur Unterzeichnung der Charta der strategischen Partnerschaft zwischen den USA und der Ukraine führte. Um dieser wachsenden Bedrohung zu begegnen, stationierte Putin zwischen Februar 2021 und Februar 2022 immer mehr russische Truppen an der Grenze der Ukraine und erklärte mehrfach, dass er die NATO-Erweiterung in der Ukraine als existenzielle Bedrohung ansah. Auch andere führende russische Politiker betonten die zentrale Bedeutung dieser Erweiterung als Auslöser der Ukraine-Krise. Aber die USA waren nicht gewillt, ihr Vorgehen zu ändern.

Nach Mearsheimer ist der im Februar 2022 begonnene Krieg für die Ukraine eine Katastrophe. Viele ukrainische Städte und Ortschaften wurden zerstört oder schwer beschädigt. Mehr als 6,5 Millionen Ukrainer sind aus dem Land geflohen, und mehr als 8 Millionen innerhalb des Landes vertrieben. Viele Tausende Ukrainer sind tot oder schwer verwundet. Laut Weltbank wird die ukrainische Wirtschaft im Laufe des Jahres 2022 um fast 50% schrumpfen. Der Wiederaufbau des Landes wird fast eine Billion Dollar kosten. Für Mearsheimer "ist geradezu beängstigend, sich vorzustellen, wie die Ukraine aussehen wird, wenn sich dieser Krieg noch ein paar Jahre hinzieht". Der für die USA unannehmbare Schlüssel zu einer Einigung besteht aus russischer Sicht darin, die Ukraine zu einem neutralen Staat zu machen. Mit zunehmender Dauer des Krieges besteht nach Mearsheimer, wie eingangs beschrieben, die Gefahr der Eskalation.

[John J. Mearsheimer](#), Jg. 1947, ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Chicago und Autor des Buches "The Tragedy of Great Power Politics". (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Zeit-Fragen: **Das war zynisch, das war sicher nicht moralisch – aber es hat funktioniert**

George Friedman schulte Kommandeure für die US-Streitkräfte, arbeitete für die National Defense University und für die RAND Corporation in Fragen der Sicherheit und nationalen Verteidigung. Bekannt sind Friedmanns unmissverständlich klare Aussagen zur Weltlage, z.B. zum Verhältnis USA–Russland, USA–Deutschland, Deutschland–Russland in einem Vortrag in Chicago vom Jahre 2015. Er enthüllt darin, was "die Vereinigten Staaten seit Jahrhunderten in Angst und Schrecken versetzt" habe: die Angst vor einem Zusammengehen von "deutscher Technologie und

deutschem Kapital mit russischen natürlichen Ressourcen“. Deswegen sei ein “Cordon Sanitaire“ gegen Russland notwendig. Die USA wollten die Russen “nicht umbringen, wir wollen euch nur ein bisschen wehtun“. Und weiter: “Das primäre Interesse der Vereinigten Staaten, für das wir seit einem Jahrhundert Krieg geführt haben, waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland. Denn vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen könnte.“

Die USA kontrollierten alle Ozeane der Welt. [Die Kontrolle über den Raum zu behalten, sei die Grundlage der US-Hegemonie](#). Die Briten hätten es vorgemacht: Um unangefochtene Seemacht zu bleiben, hätten sie dafür gesorgt, “dass die Europäer sich gegenseitig an die Gurgel gehen“. Was die Ukraine betreffe, so bräuchten die Russen nach Friedman “mindestens eine neutrale Ukraine, nicht eine prowestliche“. Die Deutschen sind nach Friedman “enorm wirtschaftlich mächtig, geopolitisch aber sehr fragil“. Dem trug auch der Lord Hastings Lionel Ismay, der erste Generalsekretär der NATO, Rechnung, als er sagte, die NATO sei geschaffen worden, um “die Sowjetunion draußen, die Amerikaner drinnen und die Deutschen unten zu halten“.

[Zeit-Fragen](#), eine genossenschaftlich herausgegebene, weltanschaulich, politisch und finanziell unabhängige Zeitung, erscheint 14-tätig, auch in englischer und französischer Sprache. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **F. William Engdahl: Europas Energie-Armageddon kommt aus Berlin und Brüssel, nicht aus Moskau**

F. William Engdahl legt dar, dass [nicht Moskau, sondern Berlin und Brüssel das Energiedesaster zu verantworten haben](#). Für Engdahl ist diese Energiekrise “Teil des EU-Plans zur Deindustrialisierung einer der energieeffizientesten Industriekonzentrationen auf dem Planeten. Dies ist die Grüne Agenda 2030 der UN, auch bekannt als Klaus Schwabs Great Reset.“

Zunächst habe die EU-Kommission 2010 begonnen, die Regeln der Preisbildung für Erdgas radikal zu ändern. 2016 sei der Bau von Exportterminals für LNG (Flüssiggas) in den USA genehmigt worden. Seit 2019 sei der Gashandel vollständig dereguliert. Noch 2021 kamen 40% der EU-Importe von der russischen Gazprom, 20% über LNG-Terminals. “Im Jahr 2021 zahlten die EU-Staaten schätzungsweise 30 Mrd. Dollar mehr für Erdgas, als wenn sie bei der ölindezierten Preisgestaltung von Gazprom geblieben wären.“ 2021 begannen Brüssel, Deutschland und die NATO systematisch damit, stabile, langfristige Gaspipelines in die EU zu schließen. Am 31.10.2021 stellte die aus Algerien kommende Maghreb-Europa-Pipeline ihren Betrieb ein. Seit September 2021 blockierte die EU-Kommission die Inbetriebnahme der Pipeline Nord-Stream-2; auf Druck der US-Regierung sieht Berlin von der Eröffnung der Pipeline ab. Im Dezember 2021 schloss die polnische Regierung den polnischen Teil der Gaspipeline Jamal; danach floss das Gas von Deutschland nach Polen. Im März 2022 kappte Bulgarien mit Unterstützung der NATO einseitig seine Gaslieferungen aus der Pipeline TurkStream.

[F. William Engdahl](#), Jg. 1944, seit über 30 Jahren wissenschaftlich und journalistisch tätig; Arbeiten über verschiedene Aspekte internationaler Öl-, Energie- und Wirtschaftspolitik in unterschiedlichen Büchern, Magazinen und Zeitschriften veröffentlicht. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Navdanya: Wie Politik und Agrarkonzerne in Kriegszeiten "Hunger für den Profit" verschleiern**

Die Gründerin der internationalen Umweltorganisation ‘Navdanya’, Vandana Shiva, fördert das Ziel, Saatgut- und Nahrungsmittelsouveränität weltweit zu verteidigen und die Kleinbauern zu schützen. Die derzeit vorherrschende Gier, die Konsumsucht und der Wettkampf eines jeden gegen jeden soll durch ökologische Verantwortung und ökonomische Gerechtigkeit ersetzt werden. Im Rahmen der aktuellen Kampagne “Unser Brot, unsere Freiheit“ hat Navdanya am 24.06.2022 in einer Presseerklärung zu der aktuellen, angeblich kriegsbedingten

Nahrungsmittelkrise Stellung bezogen. Darin werden Angaben der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO), der Weltbank und des Internationalen Expertengremiums für nachhaltige Ernährungssysteme (IPES) angeführt, dass derzeit gar keine Gefahr einer weltweiten Nahrungsmittelknappheit besteht.

Die Ursachen für die Krise liegen demnach nicht in einem mangelnden Angebot, sondern in der übermäßigen Spekulation, in höheren Preisen für Rohstofftermingeschäfte und in größeren Preisschwankungen auf dem Markt begründet. [Lebensmittel würden zu einer Ware, zu einem Finanzwert gemacht](#). Das Schlimmste aber sei, dass die gegenwärtige Krise u.a. für die kollektive Aufforderung genutzt werde, "die Produktion um jeden Preis zu steigern, einen neuen, noch nicht getesteten GMO-Weizen, mehr synthetische Lebensmittel und eine ausgeweitete Verankerung der Digitalisierung einzuführen. In Europa drängen nun einige auf die Freigabe neuer genmanipulierter Pflanzen und neuer Pestizide als Lösung für die Nahrungsmittelkrise. [...] Die europäischen Bürger müssen aufstehen. Sie müssen ihre Freiheit, gentechnikfreie Lebensmittel zu essen, und ihr Recht auf biologische Sicherheit verteidigen." Es müsse "dringend eine Alternative zur industriellen Landwirtschaft und dem groß angelegten Verteilungsmodell geschaffen werden. [...] Wir brauchen lokale Lebensmittelsysteme und Öko-Regionen sowie soziale und integrative Wirtschaftnetzwerke, die auf ökonomischer Demokratie basieren und entsprechende Bildungsprogramme. Wir brauchen Bauernmärkte, die lokale Biobauern mit der örtlichen Bevölkerung verbinden."

[Vandana Shiva](#), Jg. 1952, ist eine indische soziale Aktivistin und Globalisierungskritikerin. Für ihr Engagement in den Bereichen Umweltschutz, biologische Vielfalt, Frauenrechte und Nachhaltigkeit wurde sie mehrfach ausgezeichnet. Ihr wurde 1993 der 'Right Livelihood Award', inoffiziell auch Alternativer Nobelpreis genannt, verliehen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Dagmar Henn: Die Welthungerspiele haben begonnen**

Die augenblickliche Hungerkrise, bei der nach Welternährungsprogramm 1,7 Millionen Menschen zu verhungern drohen, ist nicht von Russland geschaffen. Vielmehr sind es verschiedene Faktoren wie die Corona-Maßnahmen, die hemmungslose Gelddruckerei von FED und EZB, sowie politische Maßnahmen (Sanktionen). Dazu gehört auch die Kürzung der Mittel für das Welternährungsprogramm, die die Preise in die Höhe und die Verfügbarkeit von Grundnahrungsmitteln drastisch eingeschränkt haben. Die gegenwärtigen politischen und ökonomischen Verzerrungen sind laut dem Ökonomen Michael Hudson kein Zufall. Vielmehr seien die von USA und NATO verhängten Sanktionen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine gedacht, eine Umstrukturierung der Weltwirtschaft derart auszulösen, "die die Kontrolle der USA über den globalen Süden zementiert". D.h. die gewollte Umstrukturierung richte sich primär gegen den inzwischen größten Handelspartner der Staaten Afrikas und Südamerikas – gegen China. Das Instrument des IWF solle wieder zur Verfügung stehen, [um den globalen Süden wieder in den Würgegriff der USA zu bringen](#).

Das aber könnte sich als unerreichbar erweisen, wenn eine Alternativstruktur statt des IWF-Kreditwesens und eine echte internationale Entwicklungsbank zustande kämen. Um diesen Schritt gegen den Westen gehen zu können, müssten die jeweiligen Länder militärische Allianzen eingehen. Für Dagmar Henn soll auch die Klimapolitik die ökonomischen Entwicklungsmöglichkeiten der Entwicklungsländer außerhalb des jetzigen industriellen Kerns blockieren. Henn sieht Hinweise, dass "das westliche Manöver krachend scheitern könnte". So habe z.B. Russland seine diesjährigen Getreideüberschüsse bereits an China verkauft. China benötigt dieses Getreide nicht selbst, sondern kann es mit gesicherten Handelsflotten verteilen.

[Dagmar Henn](#), Jg. 1963, alleinerziehende Mutter; von 2008 bis 2014 Stadträtin in München. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Marta Andujo: Argentinien geht nächsten Schritt beim Beitritt zur BRICS-Gruppe**

Argentiniens Präsident Alberto Fernández hat einen Brief an seinen chinesischen Amtskollegen Xi Jinping geschickt, um den [Beitritt zu BRICS formell zu beantragen](#). China hat zurzeit den Vorsitz in der Staatengruppe inne, die aus Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika besteht. Der argentinische Botschafter in China, Sabino Vaca Narvaja, teilte mit, dass die argentinische Regierung in BRICS "eine hervorragende Alternative für die Zusammenarbeit angesichts einer Weltordnung sieht, die sich als von einigen wenigen und zu deren Vorteil geschaffen erwiesen hat". Von den BRICS-Staaten wird Argentinien als weltweit führendes Land in der Lebensmittelproduktion und mit einem Energiepotenzial gesehen, das die BRICS-Mitglieder als "Schlüsselfaktor" für den Übergang zu sauberen Energiequellen betrachten. Die BRICS-Staaten repräsentieren bisher 42% der Weltbevölkerung, 30% der Gesamtfläche des Planeten und 24% der Weltwirtschaftsleistung.

[Inhalt](#) ↑

- **Norbert Häring: Mit Sozialpunkten und digitalem Euro sollen wir zu präzise gesteuerten Teilen einer sozialen Maschine werden**

Nach Norbert Häring entstammen [Sozialpunkte und digitaler Euro](#) dem Instrumentenkasten technokratischer Sozialingenieure, die die menschlichen Gesellschaften zu Mega-Maschinen machen wollen. Häring legt in einem ausführlichen, aber gut gegliederten Blog-Beitrag dar:

1. Welche Pilotprojekte zum Sozialkredit bereits existieren und wodurch sie sich auszeichnen.
2. Wie mit 'Smart City' die Demokratie ausgehebelt werden soll.
3. Wie mit dem digitalen Euro staatliche Gewalt vereinfacht und wirksam durchgesetzt werden kann.
4. Welche Erfahrungen die Chinesen mit ihrem Sozialkreditsystem machten.
5. Was z.B. die EU aus dem chinesischen Vorbild lernen und umsetzen will.
6. Worin das Missverständnis der Technokraten besteht.
7. Worin die Alternative zu einem manipulativen Sozialkreditsystem besteht.

Härings Beitrag wurde auf Facebook sofort gesperrt.

[Norbert Häring](#), Jg. 1963, Volkswirt; seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der 'Financial Times Deutschland'), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)

[Inhalt](#) ↑